

**ABSTAND
HALTEN
GEGEN
RECHTS!**



Corona & die extreme Rechte -
Entgegnungen einer kritischen Zivilgesellschaft



INHALTS- VERZEICHNIS

4	Einleitung
6	Spektren der extremen Rechten
14	Die extreme Rechte in der Corona-Pandemie
32	Was tun? Kritische Anregungen für die Zivilgesellschaft
46	Impressum

EINLEITUNG

Die vorliegende Broschüre beschäftigt sich mit der extremen Rechten im Kontext der Corona-Krise. Im ersten Teil werden die politischen Spektren der extremen Rechten erläutert und Akteur*innen und Aktionen aus dem Leipziger Raum vorgestellt. Im zweiten Teil wird an Beispielen gezeigt, wie die extreme Rechte konkret in Leipzig und Umgebung in Zeiten der Pandemie versucht, ihre Themen zu setzen und Sympathisant*innen zu mobilisieren. Im dritten Teil werden Handlungsoptionen für die Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gedanken zum demokratischen, solidarischen Umgang mit der Ausnahmesituation der vergangenen Monate vorgestellt. Schlaglichtartig werden Aktivitäten der Leipziger Zivilgesellschaft beleuchtet sowie Anregungen zu Positionierungen in Zeiten der Corona-Pandemie gegeben.



FOTO: NEJA HROVAT



SPEKTREN DER EXTREMEN RECHTEN

FOTO: NEJA HROVAT

Die extreme Rechte hat sich in den vergangenen Jahren deutlich ausdifferenziert. Die klassischen Strukturen und Organisationsformen, die das Bild der extremen Rechten lange Zeit prägten, haben an Bedeutung verloren. Die Szene ist sowohl in ihrer Erscheinung als auch ihren Strategien poppiger und moderner geworden, wenngleich ihre menschenverachtende Ideologie dieselbe geblieben ist. Diese Modernisierung in den vergangenen Jahren hat unterschiedliche Strategien und Organisationsformen hervorgebracht.

Es haben sich heute drei Kernspektren gebildet: der Rechtspopulismus, die Neue Rechte und der Neonazismus. Zwischen diesen Strömungen sind politische und personelle Überschneidungen und eine gegenseitige Beeinflussung erkennbar. Die Organisationen wirken zusammen, beziehen sich aufeinander und teilen ideologische Grundlagen. Die wesentlichen Unterschiede bestehen vor allem im strategischen Vorgehen und bei der Ansprache verschiedener Zielgruppen.

An dieser Stelle ist es wichtig, zu betonen, dass sich die extreme Rechte nicht auf ein Phänomen am rechten Rand der Gesellschaft beschränken lässt. Ihr gelingt es, Zustimmung und Bestärkung bis weit in die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ zu erlangen. Seit Jahren zeigen Studien, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, menschenverachtende Einstellungen und Diskriminierung alle Bereiche der Gesellschaft prägen. Die extreme Rechte kann an Diskriminierungsformen wie z. B. Antisemitismus, Rassismus und Sexismus anknüpfen und bündelt diese in einem geschlossenen rechten Weltbild.

RECHTSPOPULISMUS

Als Rechtspopulismus wird eine Form von Politik bzw. politischer Strategie bezeichnet, die sich durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Problemlösungen und den Hang zu Verschwörungserzählungen auszeichnet.

Um sich vom gesellschaftlich geächteten Neonazismus abzugrenzen, betonen Rechtspopulist*innen ihre Verfassungstreue. Jedoch stellen sie in ihrer Agitation permanent demokratische Grundwerte wie Menschenwürde, Minderheitenschutz und das Gleichheitsprinzip in Frage. Charakteristisch für populistische Politik ist die Personalisierung von Problemen, die sich in einer „Anti-Establishment“-Haltung ausdrückt („die da oben“, „Merkeldiktatur“), als auch in einer aggressiven Abgrenzung gegen ein vermeintliches Außen („die Muslime“, „die Flüchtlinge“).

Rechtspopulist*innen verorten sich selbst in der gesellschaftlichen Mitte und behaupten die wahre Bevölkerung – oder in ihrer Sprache „den Volkswillen“ – zu vertreten. Dabei werden „Wahrheiten“ propagiert, die häufig im Widerspruch zur wissenschaftlichen Faktenlage stehen. Schwarz-Weiß-Denken und die vermeintliche Lösung komplexer Probleme mit einfachen Antworten sind Strategiemerkmale dieser Strömung. Rechtspopulistische Politik versteht sich als bewegungsnah. Dies zeigt sich im Schulterschluss mit PEGIDA/LEGIDA bei Protesten auf der Straße und bei Protestparteien, die sich positiv auf als charismatisch empfundene Führungspersonen beziehen.

FOTO: TOBIAS MÖRTZ



AfD Leipzig

Die 2013 gegründete AfD gilt Beobachter*innen der Szene als die erfolgreichste extrem rechte Parteienneugründung in der Bundesrepublik. Die Entwicklung der AfD lässt sich als eine Geschichte der Radikalisierung beschreiben. Bei der Kommunalwahl 2019 in Leipzig errang sie mit 15,5% der Stimmen 11 Sitze im Stadtrat. Hier fiel sie bereits mehrfach durch Skandale auf, etwa als der Abgeordnete Roland Ulbrich (ebenfalls Mitglied des Sächsischen Landtags) Todesopfer rechter Gewalt als „moralisch höherstehende Edeltodesopfer“ diffamierte und aufrechnete, dass 0,33 Todesopfer rechter Gewalt pro Jahr in Leipzig

gar nicht ins Gewicht fallen würden. Ulbrich war zeitweise Landesvorsitzender der inzwischen aufgelösten „Patriotischen Plattform“, einem Verein des völkisch-nationalistischen Flügels der Partei. Ulbrich sprach sich in diesem Sinne mehrfach gegen eine pauschale Abgrenzung der AfD nach rechtsaußen aus. Thematisch beschäftigt sich die AfD Leipzig vorwiegend mit Verkehrspolitik (pro motorisierter Individualverkehr, Abwehr von klimapolitischen Maßnahmen), Wirtschaft (Vorrang des Marktes, Unterstützung von Handwerk, Industrie und Selbstständigen) und Verwaltung (soll wie ein Unternehmen funktionieren).

NEUE RECHTE

Der Begriff Neue Rechte bezeichnet eine geistige und politische Strömung, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist. Sie grenzt sich vom historischen Nationalsozialismus ab, lässt in der Sprache und in seiner Ideengeschichte aber immer wieder eine ideologische Nähe und Überschneidungen erkennen.

Vertreter*innen der Neuen Rechten berufen sich auf die sogenannte „Konservative Revolution“ und beziehen sich auf rechtsnationale Intellektuelle aus der Weimarer Republik, die als Vordenker*innen des Nationalsozialismus gelten. Strategisch orientiert sich die Neue Rechte an den Ideen des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Ihm zufolge muss jedem politischen Wandel erst ein kultureller Wandel vorausgehen, dessen ideologische Positionen durch Beeinflussung öffentlicher Debatten in der Gesellschaft verankert werden. Aus diesem Grund sehen die Akteur*innen der Neuen Rechten ihr Betätigungsfeld weniger in Parteien oder parlamentarischen Gremien, als vielmehr im „vorpolitischen Raum“ der Kultur. In ihrem als „Kulturkampf“ propagierten Vorgehen versucht die Neue Rechte

gesellschaftliche Debatten mit ihrer Ideologie zu prägen und Deutungshoheit über diese zu erlangen. Dabei setzen sie auf gesellschaftlich anschlussfähige Parolen. Politische Inhalte werden subtiler und damit konsensfähiger verpackt als bei Neonazis. So wird etwa die Parole „Ausländer raus!“ zum Slogan „Remigration jetzt“. Die klassisch völkische Idee eines kulturell-homogenen Nationalstaates wird als „Ethnopluralismus“ verklärt und ein „Europa der Vaterländer“ propagiert.

Häufig treten neurechte Akteur*innen und Organisationen in Scharnierfunktion auf, die versuchen, verschiedene rechte Spektren zu vereinen.

FOTO: NEJA HROVAT



Identitäre Bewegung

Die „Identitäre Bewegung“ kommt ursprünglich aus Frankreich und tritt seit 2012 in Deutschland in Erscheinung. Auch in Leipzig gibt es einen Ableger der Gruppe, dessen bekanntestes Gesicht Alexander Kleine ist, der unter dem Pseudonym „Malenki“ auftritt. Ihre Aktivitäten spielen sich vor allem in sozialen Medien ab. So im Dezember 2018, als am Hauptcampus der Universität ein großes Transparent mit der Aufschrift „Migrationspakt stoppen“ angebracht wurde, das kurz darauf von aufmerksamen Studierenden ent-

fernt wurde. Nachdem Facebook und Instagram 2018 viele offizielle Konten der „Identitären“ gelöscht haben, konnte auch der Leipziger Ableger deutlich weniger Außenwirkung entfalten. Dennoch finden sich immer wieder rassistische Propaganda in Form von Aufklebern, Plakaten, Schriftzügen oder Street-Art im Stadtbild. So im Juli 2020, als in der Innenstadt und Zentrum-Süd mehrere Metallschilder mit der Aufschrift „Erbaut von weißen Männern“ an verschiedenen Gebäuden angebracht werden. Im Kontext der öffent-

lichen Diskussion über Rassismus und weiße Privilegien setzen sich die „Identitären“ für die Bewahrung von Privilegien und Ungleichheiten sowie eine Glorifizierung einer weißen Vorherrschaft ein. Dass auf Leipziger Baustellen in Vergangenheit und Gegenwart viele Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte arbeiteten, interessiert die selbsternannten Retter des Abendlandes dabei nicht.

NEONAZIS

Neonazis sympathisieren offen mit dem historischen Nationalsozialismus und streben eine Diktatur an. Gewalt ist eine ideologische Grundkomponente, die auch offen ausgelebt wird und bis zum Rechtsterrorismus führt. Der „Kampf um die Straße“ ist vor allem durch Angriffe auf politische Gegner*innen, Migrant*innen sowie Menschen mit diversen sexuellen Orientierungen geprägt. Der Großteil der Todesopfer rechter Gewalt wurde von Neonazis ermordet. Neonazis treten sowohl als Partei als auch als lose Zusammenhänge wie Kameradschaften auf. In den letzten Jahrzehnten hat sich eine neonazistische Erlebnisswelt und Subkultur herausgebildet. Bei Rechtsrockkonzerten, Kampfsportveranstaltungen oder Demonstrationen werden offen menschenverachtende Ideologien propagiert, Geld für die Szene gesammelt und Mitstreiter*innen geworben.

Kampagne Schülersprecher

Bundesweit ist die neonazistische Partei NPD, trotz einiger weniger kommunaler Mandate, nahezu bedeutungslos. Dennoch ist sie, da sie nicht verboten ist, ein wichtiger Bezugspunkt vieler Neonazis. Die Parteijugend Junge Nationalisten (JN) versucht immer wieder, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Die JN-Kampagne „Schülersprecher.info“ richtet sich besonders an Jugendliche und ist entsprechend jugendkulturell gestaltet. In Leipzig zeigen Mitglieder der JN

im Juli 2020 als Teil der Kampagne ein Transparent mit der Aufschrift „Linker Mainstream raus aus den Schulen“ an der 94. Oberschule, der Thomasschule, dem Rathaus sowie der Moritzbastei. In und um Leipzig werden zusätzlich Sticker der Kampagne verklebt. Auf diesen sind Slogans wie „Kampfsport statt Kiffen“ und „Jugend ohne Migrationshintergrund“ zu lesen.



FOTO: RECHERCHE NORD

DIE EXTREME RECHTE IN DER CORONA- PANDEMIE

FOTO: NEJA HROVAT

Die Corona-Pandemie führt in einen gesellschaftlichen Ausnahmezustand, der die Menschen mit dynamischen Entwicklungen und persönlichen Herausforderungen konfrontiert. In der Auseinandersetzung um die Schutzmaßnahmen versucht die extreme Rechte an vielen Punkten strategisch und inhaltlich politische Debatten zu beeinflussen. Wir erläutern einige der Kernthemen, auf die die extreme Rechte Bezug nimmt.

SPALTUNG STATT SOLIDARITÄT FÜR ALLE

Mit Beginn der Ausgangsbeschränkungen im März 2020 wird allorts über Solidarität gesprochen – sowohl im lokalen als auch im internationalen Kontext. Die zahlreichen selbstorganisierten Nachbarschaftshilfen, Einkaufshilfen für Risikogruppen sowie die gegenseitige Rücksichtnahme und der Ruf nach Solidarität mit Menschen in anderen Ländern stellt die extreme Rechte vor Herausforderungen.

Denn sie können „Solidarität“ nur im Korsett einer homogenen Volksgemeinschaft, organisiert durch autoritäre Nationalstaatlichkeit, denken. Diese „nationale Solidarität“ steht im Gegensatz sowohl zu den universellen Solidaritätsansprüchen selbstorganisierter Nachbarschaften als auch zu den Zielstellungen transnationaler Organisationen wie der Europäischen Union (EU) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Für Rechte existiert eine einfache Antwort: „Solidarität für Deutsche“. Dementsprechend organisierten neonazistische und neurechte Gruppierungen „nationale Einkaufs- oder Nachbarschaftshilfen“. Sie setzen damit dem universellen Solidaritätsbegriff der zivilgesellschaftlichen Nachbarschaftshilfen, die unabhängig von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Herkunft oder sozialem Status funktionierten, einen exklusiven nationalen Solidaritätsentwurf entgegen. Unterfüttert wird diese Propaganda durch Berichte auf rechten Plattformen über unsolidarische Migrant*innen oder Geflüchtete, die sich gezielt – so die Behauptung – nicht an die verordneten Schutzmaßnahmen halten.

Da letztere häufig unter unwürdigen Bedingungen auf engem Raum leben und arbeiten, ist es ihnen oftmals gar nicht möglich, sich an die allgemein bekannten AHA-Regeln zu halten. Dies wird bewusst verschwiegen. Gleichzeitig dienen diese „Hilfsaktionen für Deutsche“ den extremen Rechten als Werbung, um sich mit ihrem Engagement für soziale Zwecke präsentieren zu können. Viele der nationalen Hilfsangebote stoßen jedoch auf wenig Resonanz und so steht der Aspekt der Werbung für die eigene Sache sowie die Propaganda gegen eine universelle Solidarität wohl bei allen Aktionen im Vordergrund. Die Forderung nach „nationaler Solidarität“ geht in der extremen Rechten mit der nach wirtschaftlich nationaler Unabhängigkeit einher. Bezogen wird sich auf altbekannte rassistische Parolen wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg“ oder „Arbeit und Sozialleistungen nur für Deutsche“. So forderten im Frühjahr 2020 neonazistische Gruppierungen, wie der III. Weg oder Jugendgruppen der NPD, keine „Ausländer“ für die Spargelernte anzustellen, sondern diese Arbeitsplätze an Deutsche zu vergeben. Die Stagnation der deutschen Wirtschaft bietet für die extreme Rechte eine gute Gelegenheit. Sie predigt seit langem die nationale Abschottung und

damit eine Abwendung von transnationalen Organisationen, wie z. B. der EU, oder einer fairen globalisierten Welt. Teile der extremen Rechten machen deswegen nicht primär die Pandemie, sondern eine falsch angelegte Globalisierung sowie die Entscheidungen transnationaler Organisationen für den wirtschaftlichen Stillstand verantwortlich. Diese Organisationen würden gegen nationale Interessen handeln und die Autorität des Nationalstaates untergraben. So ist die Europäische Union spätestens seit der Euro-Krise 2010 ein Feindbild der extremen Rechten, ebenso wie die UNO, die den Schutz der Allgemeinen Menschenrechte zu ihren Aufgaben zählt und daran arbeitet, mit Migrationsbewegungen entstehende internationale Probleme zu verhandeln. Während der Corona-Pandemie ist die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als neues Feindbild hinzugekommen. Rechte Vordenker*innen und Vertreter*innen der AfD kündigen Kampagnen gegen eine globalisierte Welt an und erhoffen sich, dass für die Bevölkerung die Kritik an EU und WHO zum Erwachen nationaler Gefühle führt. Die anfänglichen Grenzschießungen sowie die Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten bestärken die extreme Rechte in ihrer Argumentation.



Foto: NEJA HROVAT

KULTURKAMPF VON RECHTS

Eine Kernerzählung der extremen Rechten und insbesondere neurechter Aktivist*innen ist, dass in Deutschland eine linke Deutungshoheit herrschen würde, die die gesamte Kultur dominiert und andere Sichtweisen, Meinungen und Werte ausschließen würde. Ein extrem rechter Kampfbegriff in diesem Kontext ist beispielsweise „Gender-Ideologie“, der die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Forschung über Geschlechtlichkeit angreift. Oder der Begriff des „christlichen Abendlandes“, der fälschlicherweise Europa als homogene Kulturregion im Gegensatz zu einer islamischen Welt konstruiert. Kampagnen gegen den pluralen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind ebenfalls Ausdruck dieser Erzählung.

Die Zeit der Ausgangsbeschränkungen führte zur zusätzlichen Digitalisierung des Alltags sowie zum Wegfall klassischer Kulturangebote wie Theater, Kino oder Konzerte. Die extreme Rechte sieht hier eine Chance mit eigenen Inhalten und einer sogenannten „Gegenkultur“ breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen. Die rechten Formate zielen darauf ab, das Denken, die Bilder und Vorstellungen

der Menschen zu beeinflussen. Insbesondere das rechte Netzwerk „Ein Prozent e.V.“ bewarb in der Kernzeit der Ausgangsbeschränkungen im Frühling 2020 regelmäßig rechte Literatur und Online-Formate mit dem Schlagwort „Gegenkultur“. So soll eine breite Zielgruppe hinsichtlich des Altersspektrums und der Internetaffinität erreicht werden. Die Bandbreite reicht von rechten Youtube-Formaten aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ über Dokumentationen und Bücher über die „Konservative Revolution“ bis hin zu Musik rechter Künstler*innen und klassischer Musik. Im Frühjahr 2020 entstand auch ein Podcast von „Ein Prozent“, der Themen um Corona aus neurechter Perspektive diskutiert. Martin Sellner, der Kopf der „Identitären Bewegung“, bot während der Ausgangsbeschränkungen Online-Seminare an, in dem die Ideologie der Neuen Rechten vorgestellt wurde.

Youtube-Kanal „Laut Gedacht“

Die beiden Identitären-Kader Alexander „Malenki“ Kleine (Leipzig) und Philip Thaler (Halle) greifen in ihrem Video-Blog (Vlog) „Laut gedacht“ (knapp 55.000 Abonnent*innen, Stand Anfang November 2020) mehrfach das Thema Corona auf. Im Gegensatz zu anderen extremen Rechten leugnen sie die Existenz des Virus nicht, verharmlosen es allerdings als Grippe (Folge 166). Sie machen sich wiederholt über eine infizierte linke Politikerin, allgemein die Infektionsschutzmaßnahmen und Bestrebungen gegen Fake-News

lustig. Positiver Nebeneffekt der Pandemie ist für Kleine und Thaler die zeitweilige Grenzschießung (Folge 165). Anknüpfend an gängige Verschwörungserzählungen wird der Multimilliardär und Philanthrop Bill Gates als der „heimliche Chef“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet (Folge 170). Der Aufforderung an die Zuschauer*innen ihre Meinung zu ihm in die Kommentare zu schreiben, folgen viele bereitwillig: Gates wird in den Kommentaren als „Massenmörder“ und „personifizierter Teufel“ bezeichnet, der

mit Merkel in einem neuen Nürnberger Prozess angeklagt gehöre. Der Weg zur „Neuen Weltordnung“ führe über die WHO. Hier wird deutlich, dass die Zuschauer*innen gängige (antisemitische) Verschwörungsideologien kennen, ohne dass sie von den extrem rechten Vloggern explizit ausformuliert werden müssen.

PARTIZIPATION AN DEN ANTI-CORONA-PROTESTEN & QUERDENKEN

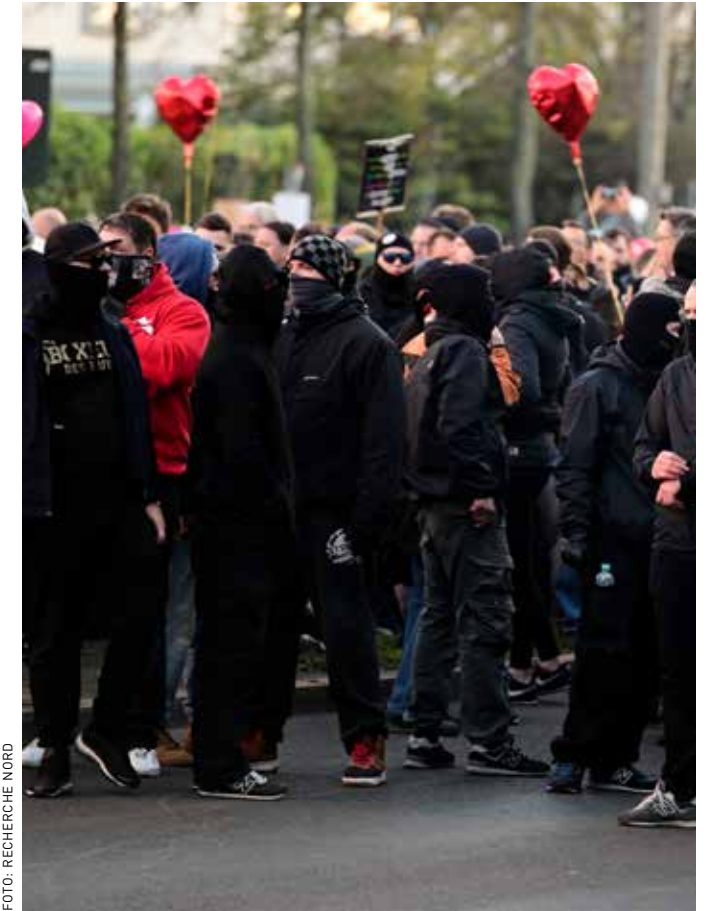
Neues Mobilisierungspotenzial für rechts

Im Zuge der Corona-Schutzverordnungen entwickelten sich schnell vielfältige Proteste, die sich gegen die Maßnahmen richten. In fast allen großen und mittelgroßen sächsischen Städten gingen bis zu mehrere hundert Menschen auf die Straße, bundesweit waren es mancherorts Tausende. Teilnehmende stammen aus unterschiedlichen Gruppen von Esoteriker*innen, Reichsbürger*innen, Impfgegner*innen und Verschwörungsgläubigen, verärgerten Gewerbetreibenden und vielen anderen. Die extreme Rechte sieht in der Beteiligung an den Protesten die Chance, mehr Menschen für ihre politische Agenda mobilisieren zu können. Ihr geht es dabei vorerst nicht darum, als Organisationen sichtbar zu sein, aus der Überlegung heraus, dass die Proteste so nicht als rechts diskreditiert werden könnten. Ihr Ziel ist die Entstehung einer großen „Querfront-Bewegung“. Ein rechtes Theorie- und Strategiekonzept in dem die politischen Strömungen „Links“ und „Rechts“, differenzierte Analysen und demokratische Gesellschaftskritik keine Rolle spielen.

Die Überwindung der Kategorien „Links-Mitte-Rechts“ würde für die extreme Rechte einen größeren Gewinn bringen als die unmittelbare Werbung neuer Mitstreiter*innen. Denn im Kontext solcher Demonstrationen erscheinen rechte Ideen politisch neutral, sie werden normalisiert. Extrem rechte Kader wie Martin Sellner oder der Gründer des neurechten Instituts für Staatspolitik Götz Kubitscheck, bauen auf einer solchen Normalisierung auf und werden dadurch langfristig salonfähig. Eigene rechte Theorien sollen nur vermittelt in die Corona-Proteste einfließen. Die Proteste in Berlin am 29. August und am 7. November 2020 in Leipzig haben gezeigt, wie erfolgreich die extreme Rechte mit dieser Strategie ist. Mittlerweile treten viele Gruppierungen aus dem Spektrum der extremen Rechten offen und selbstbewusst im Rahmen der Corona-Proteste auf – die Akzeptanz einer breiten rechten Mobilisierung für die Demonstrationen ist geschaffen und die Kategorien „Rechts-Mitte-Links“ spielt für viele Anhänger*innen keine Rolle mehr.

Auch die AfD sieht in den Protesten eine Chance, an Profil zu gewinnen und neue Wähler*innengruppen zu erschließen. AfD-Funktionär*innen beteiligten sich an den Demonstrationen, am prominentesten bei den Protesten am 29. August in Berlin. Im sächsischen Pirna war ein AfD-Politiker sogar Anmeldender der Proteste. Mit ihrer teils widersprüchlichen Corona-Politik lenkt die AfD derzeit auch von innerparteilichen Flügelkämpfen ab.

FOTO: RECHERCHE NORD





Corona-Proteste in Leipzig

Wie auch in anderen Städten nimmt in Leipzig ein buntgemischter Personenkreis an den Protesten gegen die Regelungen zum Infektionsschutz teil. Organisiert werden diese Proteste hauptsächlich von einem Ableger der Berliner Gruppe „Nicht ohne uns“, die sich bald darauf in „Bewegung Leipzig“ umbenennt und später den Namenszusatz „Querdenken 341“ erhält. Auf den Veranstaltungen wird Corona immer wieder verharmlost und gelegnet. Geeint werden die Teilnehmenden durch eine Ablehnung bis Feind-

schaft gegenüber politischen Institutionen, Medien und Wissenschaft. Dies ist oft gepaart mit Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Eine Mischung, an die Hippias, Esoteriker*innen, Impfgegner*innen und Neonazis anknüpfen können – aber eben auch Bürger*innen, die bislang keiner dieser Gruppen zuzuordnen waren. Eine oberflächliche Abgrenzung von Extremismus hindert auch in Leipzig nicht daran, dass verschiedene Akteure der extremen Rechten an den Veranstaltungen teilnehmen. Nach einer

Demonstrationspause wird im September 2020 dafür geworben, auf schwarz-weiß-rote Reichsfahnen, die mittlerweile in mehreren Bundesländern verboten wurden, zu verzichten – allerdings nicht aufgrund inhaltlicher Differenzen, sondern lediglich wegen der zu erwartenden schlechten Presse. Auf der Demonstration wird dann betont, rechtsoffen zu sein, schließlich wolle man mit allen Menschen ins Gespräch kommen.



FOTO: RECHERCHE NORD

Mit Mitteln der Demokratie für einen autoritären Systemwechsel

Das vermeintliche Eintreten für Bürger- und Grundrechte ist in der Corona-Pandemie zu einem der Kernthemen der extremen Rechten geworden. So begleiteten extrem rechte Medienportale und Gruppierungen von Beginn an die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Jedoch hat hier ein Wandel stattgefunden. Anfangs sind die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie für zu lasch erklärt worden, um sie dann nach den Grenzschließungen zu bejubeln. Rechtsintellektuelle beschrieben diese Schritte als eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität im Ausnahmezustand, die Regierungsverordnungen an Parlamenten vorbei ermöglicht und die EU handlungsunfähig macht.

In Sachsen forderte die AfD zu Beginn sogar das Ausrufen des Katastrophenzustandes, der dem Parlament im Sächsischen Landtag jegliche Funktion und Mitbestimmung entzogen hätte. Die Theorien des neurechten Theoretikers Carl Schmitt über Ausnahmezustand und Politik fanden in der Zeit der Ausgangsbeschränkungen neue Popularität in rechten Theoriezirkeln. Schmitts Theorie geht davon aus, dass im Ausnahmezustand der politische Souverän hervortritt und die alleinige Kontrolle bekommt. Zu Beginn der Corona-Pandemie war dies

zunächst die Regierung des Nationalstaates und nicht transnationale Organisationen oder die Parlamente. Die extrem Rechten hoffen, dass in Ausnahmesituationen die Akzeptanz für einen autoritären Politikstil bei der Bevölkerung zunimmt. Letztlich träumen sie von einem autoritären Systemwechsel, in dem eine nationale Führung der alleinige Souverän ist. Diese Führung wird legitimiert durch einen konstruierten homogenen Volkswillen, der sich unterordnet. Mit den aufkommenden Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, sah die extreme Rechte die Chance, die bestehende Regierung und Grundordnung zu delegitimieren, da sie nicht völliger Souverän über den Ausnahmezustand in der Corona-Pandemie sei.

Die extreme Rechte stilisiert dementsprechend die Proteste zum Ausdruck eines homogenen Volkswillens gegen die Regierung. Die Schutzmaßnahmen seien das Ergebnis einer ferngesteuerten Politik, die dazu diene, das „deutsche Volk“ zu kontrollieren und mundtot zu machen – so die Verschwörungserzählung. Die Anti-Corona Proteste lassen sich damit in seit Jahren bestehende rassistische Proteste einordnen, die sich im Widerstand gegen ein „Merkel-Regime“ sehen.

Dabei dient der Bezug auf Bürger- und Grundrechte allein dazu, dem vermeintlichen Volkswillen im Sinne rechtspopulistischer Agitation („wir hier unten“ gegen „die da oben“) einen demokratischen Anstrich zu geben und die eigene Demokratiefeindlichkeit zu verschleiern. Die Kritik zielt weniger auf die Maßnahmen selbst, sondern stellt grundsätzlich demokratische Prozesse und politische Entscheidungen in Frage. Die Protestierenden verstehen sich als erleuchtete Minderheit und teilweise gar als verfassungsgebende Instanz, die wahre Demokratie erst ermöglichen würde. Kampfbegriffe wie „Merkeldiktatur“ oder das Umdeuten von Meinungsfreiheit in Widerspruchsfreiheit verdeutlichen, dass es hier nicht um Protest gegen Grundrechtseinschränkungen und für Demokratie geht. Die Protestierenden fordern eine Politik, welche keinerlei Positionen, Perspektiven oder Bedürfnisse jenseits der Eigenen zulässt. Sie treten damit letztendlich für ein undemokratisch und antiliberales System ein. Die Mund-Nasen-Bedeckung als Maulkorb zu verstehen und damit ein Stück Stoff so umzudeuten, als diene es der Einschränkung der Meinungsfreiheit, zeigt die Auswüchse dieser Propaganda. Ziel der Corona-Pro-

teste ist nicht eine offene und lebendige Demokratie mit Platz für Aushandlungen und Minderheitenschutz, sondern die Abschaffung der bestehenden parlamentarisch demokratischen Grundordnung. Ganz offen zeigte sich der Wunsch nach einem Systemwechsel in der Besetzung der Treppen vor dem Reichstag auf der bundesweiten Demonstration Ende August in Berlin, dem Ruf nach Revolutionen mit dem Motto der „Querdenken“-Demonstration am 7. November in Leipzig sowie den zahlreichen Reichsfahnen auf den Anti-Corona-Demonstrationen, der Fahne des deutschen Kaiserreichs bzw. der Anfangszeit des Nationalsozialismus.

NuoViso.TV

Die 2005 gegründete und in der Leipziger Südvorstadt ansässige Filmproduktionsfirma hat auf YouTube 237.000 Abonnent*innen (Stand Anfang November 2020). Mit verschiedenen kostenlosen und kostenpflichtigen Formaten auf der eigenen Website ist sie ein wichtiger Bezugspunkt für die esoterische und verschwörungsideologische Szene. Inhaltlich wird ein weites Spektrum angeboten – von der Diskussion tagesaktueller Politik über Esoterik und der Leugnung des Klimawandels bis hin zu Verschwörungsideologien und rechter Propaganda.

In einem im Mai veröffentlichten Video mit dem Titel „GG - Demokratie - Freiheit - NICHT OHNE UNS!“ wird sich positiv auf die Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen bezogen. Das Filmmaterial wurde bei Protesten in Berlin und Leipzig aufgenommen. Dabei werden auch Ausschnitte einer linken Kundgebung für Solidarität in Leipzig genutzt und Redeschnipsel in einen rechten Kontext gerückt. Als vermeintliche Experten kommen der Corona-Leugner Bodo Schiffmann und der Verschwörungsideologe Ken Jebsen zu Wort.

Wesentlicher Bezugspunkt des Films sind die Grundrechte und ihre Einschränkung bzw. „Abschaffung“ durch die Infektionsschutzmaßnahmen. Dabei stehen besonders Meinungsfreiheit – missverstanden als Widerspruchsfreiheit – und Versammlungsfreiheit im Fokus. Demokratie wird als Herrschaft der Mehrheit verstanden und langwierige demokratische Aushandlungsprozesse eigentlich nicht nötig seien. Die aktuelle Situation wird dabei immer wieder mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 verglichen.

Neben der deutschen Regierung und ihren Corona-Schutzmaßnahmen stehen Bill Gates und angebliche Zwangsimpfungen im Fokus der Kritik.

FAKE NEWS, VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNG UND ANTISEMITISMUS

In allen drei Spektren der extremen Rechten werden wissenschaftliche Erkenntnisse angezweifelt, sei es in der Forschung über Geschlechtlichkeit oder den Klimawandel. Während der Corona-Pandemie herrscht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse rund um das Corona-Virus SARS-CoV-2. Politische Entscheidungsträger*innen orientieren ebenfalls deutlich an wissenschaftlichen Vorgaben. Bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen dominieren jedoch Verschwörungserzählungen. Fake News und Parolen wie „Lügenpresse“, „Systempresse“, die sonst auf Pegida-Demonstrationen zu hören waren, setzen sich durch. Der Berliner Virologe Christian Drosten als Sinnbild für die wissenschaftliche Forschung avanciert zum Feindbild Nr.1.

Wissenschaftliche Erkenntnisse in Frage zu stellen, wie es bei den Querdenken-Demonstrationen geschieht, ist ein Türöffner für die extreme Rechte und antisemitische Verschwörungserzählungen. Zum einen können sich so Rechtspopulist*innen als Stichwortgeber*innen für einfache Lösungen in einer dynamischen globalen Pandemie aufspielen, zum anderen sehen neurechte Vordenker*innen ihre Chance, für Deutungskämpfe neue Resonanzräume zu gewinnen. Bei den Corona-Protesten begegnen Menschen, die eine hohe Affinität zum Verschwörungsglauben haben und so für diese rechten Verschwörungserzählungen anfälliger sind, rechten Erzählungen vom „Großen Austausch“, „Meinungsdiktatur“ oder „Islamisierung des Abendlandes“. Bei den Corona-Protesten werden zudem offen antisemitische Verschwörungserzählungen propagiert. QAnon-Anhänger*innen glauben, dass Eliten das Blut von Kindern trinken und reproduzieren so historische antisemitische Ritualmord-

legenden. Behauptungen, SARS-CoV-2 sei aus einem chinesischen Labor des jüdischen Milliardärs George Soros entwichen, kann als moderne Variante der Lügen von Brunnen vergiftenden Jüd*innen gelesen werden, die zur Zeit der Pest verbreitet wurden. George Soros wird von Rechten ebenso für einen herbeifantasierten Bevölkerungsaustausch und andere Hirngespinnste verantwortlich gemacht. In neonazistischen Kreisen gilt er als Teil einer jüdischen Weltverschwörung. In diesen Erzählungen tritt der antisemitische Kern und die ideologische, spektrenübergreifende Gemeinsamkeit der extremen Rechten hervor. Um offenen Antisemitismus handelt es sich auch, wenn behauptet wird, dass transnationale Organisationen wie die EU, UN oder WHO Teil einer jüdischen Weltregierung oder von wenigen jüdischen Familien gelenkt seien.

Warum sprechen wir von Verschwörungserzählung?

Eine Theorie ist ein Begriff aus der Wissenschaft. Forschende bezeichnen damit ein Modell, um bestimmte Tatsachen oder Erscheinungen wissenschaftlich begründet zu erklären. Eine Verschwörungstheorie hingegen hat nichts mit einer Theorie zu tun. Sie genügt wissenschaftlichen Ansprüchen nicht im Entferntesten, denn sie behauptet, ohne rational zu beweisen und zu belegen. Je nach Ausprägung handelt es sich vielmehr um Erzählungen, Ideologien, Mythen oder Legenden. Und als solche sollte man sie auch benennen.

Antisemitismus bei Demonstrationen in Leipzig

Immer wieder werden auf den Versammlungen in Leipzig Verschwörungsideologien und Antisemitismus sichtbar. So brachte die „Bewegung Leipzig – Querdenken 341“ Flyer in Umlauf, die zwischen einer „echten Pandemie“ und einer „Fake Pandemie“ (wie COVID-19) unterscheiden und „alternative Infoquellen“ empfehlen. Auf der Bühne ist von einer „Plandemie“ (Wortneuschöpfung aus „planned pandemic“) die Rede, die Verweigerung des Tragens einer Maske wird mit der Situation von Juden*Jüdinnen im Nationalsozialismus sowie das Infektions-

schutzgesetz mit dem Ermächtigungsgesetz 1933 gleichgesetzt. In einem Interview in der Leipziger Volkszeitung im Mai 2020 wollen zwei Protagonisten der „Bewegung Leipzig – 341“ „die noch Schlafenden [...] wecken, damit wir am Ende nicht in der Hygiene-Diktatur landen“. Die Gegenüberstellung von Schlafenden und Erwachten wird in der Verschwörungsszene genutzt, um die eigene Erweckung, die mit einem klaren Blick auf die Welt und hinter die vermeintlichen Kulissen einhergeht, darzustellen. Weiterhin wollen sie „gerne mal differenziert

über George Soros und Bill Gates reden“. Diese würden sie nicht kritisieren, weil sie Juden seien. Der Versuch der Immunisierung vor dem (berechtigten) Vorwurf des Antisemitismus gerät zur Farce, wird im Interview doch der Eindruck erweckt, dass Juden im Allgemeinen und diese beiden im Speziellen zu viel Macht besäßen und im Hintergrund geheime Pläne schmieden würden. Zudem ist Bill Gates kein Jude.

Querdenken am 07. November 2020 in Leipzig

Am 07. November fand in Leipzig eine bundesweite Querdenken-Veranstaltung statt, an der insgesamt 45.000 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung wurde in Anlehnung an die Wende mit dem Slogan „Freiheit durch Einheit. Die zweite friedliche Revolution“ und einem Foto einer Leipziger Montagsdemonstration beworben. Querdenken inszenierte

sich hier als übergreifende Bewegung, die gegen eine Diktatur aufsteht. Dies wurde auch am Tag durch den oft gerufenen Slogan „Frieden – Freiheit – keine Diktatur“ sichtbar. Die Erzählung, dass sich Deutschland in einer (wahlweise Merkel-, Corona- oder Gesundheits-) Diktatur befinde ist dort zwar weit verbreitet, entbehrt objektiv allerdings jeglicher Basis.

Zur Demonstration hatte auch das gesamte Spektrum der extremen Rechten aufgerufen, so zum Beispiel klassische Neonazis (NPD, JN, Der III. Weg) und verschiedene extrem rechte Medienmacher*innen (Jürgen Elsässer, Hagen Grell, KenFM). Am Tag selbst wurden bei der zentralen Kundgebung am Augustusplatz weder Abstände eingehalten noch

Mund-Nasen-Schutz getragen. Nach Auflösung der Kundgebung wurden mehrfach Polizeiketten durchbrochen, um eine Demonstration über den Leipziger Ring durchzusetzen. Am Tag selbst wurden laut Deutschem-Journalisten-Verband und der Gewerkschaft ver.di mindestens 38 Journalist*innen angegriffen.

FOTO: RECHERCHE NORD



WAS TUN? KRITISCHE ANREGUNGEN FÜR DIE ZIVIL- GESELLSCHAFT

FOTO: NELE SANDER

Besonders in Krisenzeiten sind demokratische Systeme stark gefährdet. Die jüngsten Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zeigen, dass in Situationen großer Unsicherheit rechtsnationales Denken an politischem Einfluss gewinnt.

Rechte Weltanschauungen bieten vermeintlich einfache Erklärungs- und Lösungsperspektiven für komplexe und als überfordernd wahrgenommene gesellschaftliche Verhältnisse.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie sowie in Zeiten rechtspopulistischer Erfolge in ganz Europa ist es notwendiger denn je, rechte Argumentationen zu entkräften, die eigene demokratische Haltung zum Ausdruck zu bringen und für eine solidarische Gesellschaft einzutreten.

IMMER REDEN?

Es ist wichtig, mit Menschen im Gespräch zu bleiben, die nicht die gleichen Überzeugungen teilen. Aber es ist auch notwendig, die eigenen Grenzen zu kennen. Ist das Gegenüber Mitglied oder Anhänger*in einer rechten Organisation, kann davon ausgegangen werden, dass es ein stark gefestigtes Weltbild besitzt. Menschen mit solch starken Überzeugungen sind Argumenten häufig nicht zugänglich. Schlimmer noch, rhetorisch geschulten Rechten geht es häufig darum, Andersdenkende vorzuführen. Hier gilt es, vorsichtig zu sein. Gefestigte Weltbilder sind schwer zu erschüttern und Angriffe, Provokationen und Parolen sind meist kein Gesprächsangebot. Wenn grundlegende demokratische Werte abgelehnt werden, eine sachliche Diskussion auf Augenhöhe nicht möglich ist, Gesprächsforen als Bühne für rechte Propaganda missbraucht werden oder rechte Gewalt verharmlost wird, ist ein Gespräch kaum möglich.

SITUATIONEN EINSCHÄTZEN!

Die Entscheidung für ein Gespräch sollte von der konkreten Situation, dem Gegenüber und letztlich von einem selbst abhängig gemacht werden. Sinnvolle Gesprächssituationen setzen voraus, dass zwei Gesprächspartner*innen grundlegend ähnliche Werte teilen, sich auf Augenhöhe begegnen und offen für Argumente und Fakten sind. Zudem sollte genügend Zeit und eine recht entspannte Situation vorliegen. Solche Umstände sind nicht oft gegeben.





FOTO: NELE SÄNDER

POSITION BEZIEHEN!

Manchmal erfordert eine Situation eine klare Positionierung, mit der dem Gegenüber und allen Anwesenden deutlich wird, dass rassistische, antisemitische oder andere menschen- und demokratiefeindliche Aussagen nicht geduldet werden. In vielen Fällen ist es sinnvoll, klar und authentisch Position zu beziehen, in präzisen kurzen Sätzen, ohne Einladung zu einem weiteren Wortwechsel. Demokratiefeindliche und menschenverachtende Äußerungen bleiben so nicht unwidersprochen, sondern werden entschieden zurückgewiesen. Der Raum für rechte Wortergreifung wird reduziert.

GEGENREDE & GEGENSTRATEGIEN

Vorab ein paar Worte zum Thema Meinungsfreiheit. Werden Ansichten kritisiert, zurückgewiesen oder Gegenargumente vorgetragen ist immer wieder zu hören, die Meinungsfreiheit werde verletzt. Schnell sprechen manche von „Meinungsdiktatur“ oder „Gesinnungskorridor“ und davon, dass man in diesem Land aufpassen müsse, was man sagt. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass auch in einer Demokratie Gesagtes nicht ohne Konsequenzen ist. Und das ist auch richtig so. Denn Meinungsfreiheit heißt nicht Freiheit von Widerspruch oder das Recht auf Konsens. Meinungsfreiheit bedeutet vielmehr das Recht auf Streit. Wo Meinungen geäußert werden, gibt es auch Gegenmeinungen. Und die zu äußern ist für den Erhalt und Schutz demokratischer Grundwerte unerlässlich. Es ist das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, sich in einer freiheitlichen Demokratie gegen diejenigen zu wehren, die offen ihre inhumane Haltung propagieren. Die öffentliche Meinung ist keine feste Größe, sie variiert mit Ort und Zeit und ihren spezifischen sozialen Normen. Das Meinungsklima wird ständig neu ausgehandelt. Weil Gegner*innen der Freiheit dies genau wissen, nutzen sie diese, um den Diskurs zu verschieben.



FOTO: TIM WAGNER

Dagegen darf und muss sich die demokratische Gesellschaft wehren. Als erstes Mittel muss dabei die Auseinandersetzung gelten. Doch es gilt, Grenzen im Blick zu behalten. Bei offenkundigen Angriffen auf demokratische Grundwerte muss auf andere Mittel gesetzt werden. Gesprächsverweigerung und der Ausschluss von Aggressor*innen kann hier das notwendige Mittel sein.

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT

Wer für eine gerechte und solidarische Gesellschaft auch in Pandemiezeiten eintreten möchte, sollte deutlich machen, dass Gleichheit und Solidarität universelle Prinzipien sind, die für alle Menschen gelten, ungeachtet deren Herkunft, Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung oder des sozialen Status. Rechte Positionen basieren auf einem Menschenbild, demzufolge Menschen unterschiedliche Wertigkeiten haben, je nachdem ob sie zur eigenen „Wir“ oder zur Fremdgruppe gehören. Der „Wir“ Gruppe werden

dabei Privilegien zugestanden, die den anderen aberkannt werden. Es kommt zu Ausgrenzungen. Dieses Denken zeigt sich ganz klar, wenn Neonazis, wie oben beschrieben, zu Hilfsaktionen für ausschließlich „deutsche“ Betroffene der Krise aufrufen. Stattdessen sollte Solidarität als ein Wert vertreten werden, der die Gemeinsamkeiten und Rechte von Menschen betont, die sie über alle möglichen Unterschiede hinaus miteinander teilen. Es ist nicht richtig, Betroffengruppen gegeneinander auszuspielen.

Vor diesem Hintergrund kann die Ausgestaltung einiger Corona-Schutzmaßnahmen aus demokratischer Perspektive kritisiert werden und sich dafür eingesetzt werden, dass nicht sozial benachteiligte, marginalisierte Bevölkerungsgruppen besonders unter den Einschränkungen leiden. Um dem näherzukommen bräuchte es beispielsweise genug (bezahlbaren) Wohnraum, einen gleichberechtigten Zugang zu guter Gesundheitsversorgung oder Bildung für alle. Beim Eintreten für solche Ideen und Ansätze ist es sehr wirkungsvoll, proaktiv eigene Erzählungen darüber zu etablieren, wie solidarische Gesellschaftsentwürfe aussehen könnten und wo und wie man heute schon versucht, sie umzusetzen.

AUS DER PRAXIS

#LeaveNoOneBehind

Die Kampagne ruft im Zuge der weltweiten Corona-Pandemie dazu auf, mehr denn je solidarisch zu handeln und vor allem diejenigen zu unterstützen, die von der Pandemie besonders schwer betroffen sind. Das sind unter anderem „Alte, Arme, Obdachlose, Immunschwache und auch geflüchtete Menschen an unseren Außengrenzen“. Die Kampagne war in vielfältiger Form auch in Leipzig sichtbar und aktiv.

Infos auf: www.seebruecke.org und www.leavenoonebehind2020.org

#Unteilbar

Das Bündnis wird von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einzelpersonen getragen und beschreibt sein Anliegen selbst so: „#unteilbar heißt, dass unsere Kämpfe unteilbar sind – und das gilt auch global. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden – für Solidarität, gegen Ausgrenzung!“. Anfang Juni 2020 spannte das Unteilbar-Bündnis in Leipzig ein „Band der Solidarität“ als Zeichen für eine antirassistische, soziale und klimagerechte Gesellschaft.

Infos auf: www.unteilbar.org



AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Ich spreche mich dagegen aus, dass Betroffenenengruppen in der Krise gegeneinander ausgespielt werden. Das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Unversehrtheit ist für alle. Ich möchte, dass alle Menschen möglichst sicher durch diese Krise kommen und Unterstützung erhalten, wenn sie darauf angewiesen sind.

BEGRIFFE HINTERFRAGEN

Eine rechte Strategie beruht darauf, Begriffe umzudeuten und zu vereinnahmen, mit dem Ziel, rechte Diskurse salonfähig zu machen und Debatten national-reaktionär zu prägen. Die Wirksamkeit dieses Vorgehens wurde im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen sichtbar. Hier zeigt sich ein Demokratieverständnis, das rechtem Denken entsprechend, mit direkter Demokratie und Volksabstimmungen gleichgesetzt wird und für sich beansprucht, „dem Volkswillen“ Ausdruck zu verleihen. Hier wird ein von Grund auf falsches und einseitiges Verständnis von Demokratie erkennbar. Denn Entscheidungen sind, auch wenn sie eventuell durch eine Mehrheit zustande kommen, nicht per se demokratisch. Schlichte Mehrheitsentscheidungen können fatal sein, da sie den Schutz und die Interessen von Minderheiten, die sich zahlenmäßig nicht als Mehrheit behaupten können, außer Acht lassen. Die von extrem Rechten vorgetragene Forderung nach Mitbestimmung zielt in diesem Sinne auf den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von demokratischen Prozessen. Das gilt es sichtbar zu machen. Ebenso sichtbar gemacht werden, sollte

die Strategie, das Recht auf Meinungsfreiheit über alle anderen Grundrechte zu setzen und daraus individuelle Verhaltensweisen abzuleiten, die sich von einer Verantwortung für andere und deren Bedürfnisse gänzlich entbinden.

In diesem Sinne gilt es, in der Debatte gemeinsam verwendete Begriffe kritisch zu hinterfragen, genau zu definieren und in ihrer Bedeutung voneinander abzugrenzen. Gleichzeitig gilt es, originär rechte Begriffe zu entlarven und auf deren menschenfeindliche Inhalte hinzuweisen. Der Begriff „Lügenpresse“ wurde beispielsweise in der Zeit des Nationalsozialismus etabliert, um antisemitische Verschwörungserzählungen zu verbreiten. Begriffe dieses Ursprungs lassen sich nicht umdeuten und relativieren.



AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Demokratie bedeutet für mich das Leben in Vielfalt. Unterschiedliche Bedürfnisse müssen miteinander demokratisch verhandelt werden. Ich möchte nicht, dass nur die Lautesten ihre Bedürfnisse geltend machen können. Mir ist es wichtig, Perspektiven jenseits meiner eigenen zu kennen und zu berücksichtigen. Nur so ist gewährleistet, dass alle gut leben können.

AUS DER PRAXIS

Erläuterungen und Diskussionen zu rechten Kampfbegriffen finden sich im „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“ des Weltbildverlages sowie im „Wörterbuch des besorgten Bürgers“ aus dem Ventil-Verlag.

LEGITIME KRITIK FORMULIEREN UNTER KLARER ABGRENZUNG NACH RECHTS

Eine intakte Demokratie zeigt sich im Vorhandensein einer lebendigen, kritischen Debattenkultur. Es geht nicht darum, die parlamentarische Demokratie in Deutschland gegen Kritik zu immunisieren. Es gibt einige Aspekte, die aus einer menschenrechtlich demokratischen Perspektive heraus betrachtet, höchst kritikwürdig sind – ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die unzureichende Absicherung durch restriktive Hartz-IV-Gesetze, Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz sowie ungleiche Bildungschancen, die durch die aktuelle Pandemiesituation verschärft werden. Damit einhergehender Zorn und Ängste sind legitim und gehören besprochen. Aber es gibt Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, die es zu verteidigen gilt und Grundwerte, die eine große gesellschaftliche Errungenschaft darstellen und als solche unveräu-

ßerlich sind. Kritik, die diese Werte wahrt und nicht auf Diskriminierung beruht, ist möglich. Wer die Beteiligung von extrem rechten Akteur*innen bei Protestveranstaltungen ignoriert oder akzeptiert, gibt den Falschen eine Plattform und disqualifiziert am Ende auch sich selbst für die Teilnahme an demokratischen Aushandlungsprozessen.

Die klare Abgrenzung nach rechts ist unbedingt einzufordern!

AUS DER PRAXIS

Aktionsbündnis Leipzig nimmt Platz

Gemeinsam mit zahlreichen Partner*innen aus zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Zusammenhängen mobilisierte das Aktionsnetzwerk regelmäßig gegen Demonstrationen des rechten Spektrums. So auch gegen die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von „Bewegung Leipzig“. Unter dem Slogan „Für die Freiheit, für das Leben – kritisch bleiben!“ ruft das Aktionsbündnis regelmäßig zum kritischen Gegenprotest auf.

Infos auf: www.platznehmen.de



AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Auch mir macht die aktuelle Situation Angst. Die Ungewissheit wie es weitergeht, verunsichert mich. Manchmal ist politisches Handeln für mich nicht gut nachvollziehbar. Deshalb ist es mir wichtig, mit anderen Menschen kritisch im Gespräch zu bleiben und meine Sorgen den politisch Verantwortlichen mitzuteilen. Mit Menschenfeinden möchte ich mich in dieser Auseinandersetzung nicht gemein machen. Wer Reichsflaggen schwenkt, disqualifiziert sich für mich als Verbündete*r in dieser Sache.

MEHRDEUTIGKEITEN AUSHALTEN - DIE WELT IST KOMPLEX

In der vom Kapitalismus geprägten, globalisierten, digitalisierten Welt von heute sind die Zusammenhänge, die ökonomische und soziale Ungleichheiten hervorbringen, für viele Menschen undurchsichtig. Verunsicherungen sind die Folge. In Debatten wie den derzeitigen stehen wir vor der Herausforderung, Gesellschaft in ihrer Komplexität in den Blick zu nehmen. Die Konkurrenz mit verkürzten, populistischen Erklärungsweisen macht das Ganze nicht einfacher. Besonders in Krisensituationen werden die Stimmen derer laut, die einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten und behaupten, ein Rückgewinn an Souveränität des Nationalstaates wäre die Lösung. „Take back control“ (die Kontrolle zurückgewinnen) lautet hier die vorgebliche Lösung. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Vernetzungen einer globalisierten Welt wird es jedoch keine rein nationalen Programme geben, die wirkungsvoll die Krisen und Herausforderungen dieser Zeit lösen. Auch eine globale Pandemie mit ihren

weitreichenden, ökonomischen und sozialen Folgen kann nur global gelöst werden. Hinzu kommt, dass sich Minderheiten-Communities emanzipieren, für ihre Rechte kämpfen und immer mehr Lebensrealitäten an Sichtbarkeit gewinnen. Diese Entwicklung gilt es, als Errungenschaft zu begreifen und nicht als Bedrohung altbekannter Lebensweisen. Auch wenn es nicht einfach ist und überfordern kann – die Welt ist komplex. Das gilt es anzuerkennen. Und das heißt auch, dass Differenzen und Mehrdeutigkeiten manchmal einfach ausgehalten werden müssen. Es sollte ein Umgang gefunden werden, der nicht in reaktionäre und menschenfeindliche Verhaltensweisen mündet.



AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Auch wenn ich manchmal mit der Fülle an Informationen überfordert bin, die täglich auf mich einprasseln, weiß ich, dass die Welt und ihre Zusammenhänge komplex sind. Das Angebot vereinfachter Lösungen wirkt attraktiv, greift aber zu kurz und ist oft Ausdruck eines populistischen Politikstils. Wenn Menschen(gruppen) als Sündenböcke markiert und simple gut/böse Kategorien aufgemacht werden, finde ich das falsch.



I M P R E S S U M

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth / Geschäftsführerin
Bautzner Str. 45
01099 Dresden

www.kulturbuero-sachsen.de

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende!
IBAN: DE28 8502 0500 0003 5873 01
BIC: BFSWDE33DRE

TEXTE UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.
Johannes Richter, Elisabeth Teubner,
Lukas Pohl, Steven Hummel
Redaktionsschluss 15.11.2020

LEKTORAT

Simon Raulf

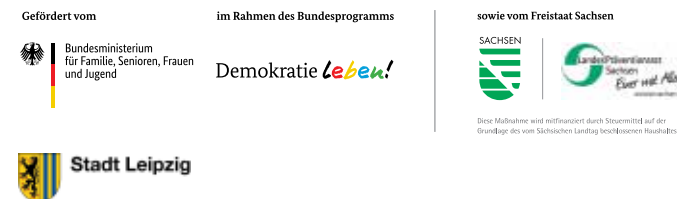
FOTOS

Neja Hrovat, Tobias Möritz, Pixabay,
Recherche Nord, Nele Sander, Tim Wagner

LAYOUT

Neja Hrovat

Die Publikation wurde gefördert im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ der Stadt Leipzig im Rahmen der Förderprogramme des Bundes „Demokratie leben!“, des Landespräventionsrates Sachsen und der Stadt Leipzig.



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

